



«Wir unterstützen eine Maskenpflicht in Innenräumen»: Martin Ackermann

Foto: Michele Limina

praktisch keinen Spielraum mehr. Weitere Lockerungen wie die Bewilligung von Grossveranstaltungen liegen in dieser heiklen Situation nicht drin.

**Können denn Grossveranstaltungen nicht durchgeführt werden, ohne dass sie die Epidemie weiter antreiben?**

Das Problem ist: Wir wissen es nicht genau. Erste Daten, welche das BAG nun veröffentlicht hat, zeigen aber, dass an Orten, an denen sich viele Menschen versammeln, auch viele Ansteckungen stattfinden. Genaue Daten, wer sich wo ansteckt, sind absolut zentral. Ohne diese Daten befinden wir uns im Blindflug.

**Bald enden die Sommerferien. Kann unter den aktuellen Umständen der Präsenzunterricht in den Schulen überhaupt wieder losgehen?**

Ich bin der Meinung, dass Chancengleichheit und das Recht auf Bildung sehr hoch zu gewichten sind. Zurzeit lässt die epidemiologische Situation den Präsenzunterricht auch weiterhin zu. Aber es ist nötig, dass die Schutzkonzepte mit allenfalls kleineren Klassen, sicher mit der Einhaltung der Distanzregeln und je nach Situation auch mit Maskenpflicht eingehalten werden.

**Muss man nicht damit rechnen, dass die Situation im Winter komplett unüberschaubar wird, weil halbe Schulklassen husten und keiner mehr weiss, wer jetzt Covid hat und wer nur eine Grippe?**

Genau das ist das Problem. Wir hoffen, dass wir den Ausbreitungsmechanismus des Virus bis im Winter noch besser verstehen. Je besser wir ihn kennen, desto gezieltere Massnahmen können wir anwenden.

**Welche speziellen Wintermassnahmen kommen denn infrage?**

Was spezifisch im Winter sicher hilft, ist, wenn wir möglichst viele Menschen überzeugen können, dass sie sich gegen die saisonale Grippe impfen lassen. Je weniger Grippekranken wir haben, desto einfacher wird es sein, Corona-Fälle zu verfolgen.

**Viele Kritiker sagen, die Corona-Taskforce arbeite zu wenig praxisnah, sei alarmistisch. Und ihr Blickwinkel sei zu theoretisch, wissenschaftlich abgehoben.**

Unsere Rolle ist die einer wissenschaftlichen, unabhängigen Stimme. Die Taskforce darf sich meiner Meinung nach nicht bloss von der momentanen Machbarkeit leiten lassen. Sie muss in grösseren Dimensionen denken und sich Gedanken zu einer übergeordneten, längerfristigen Strategie machen.

**Die Forderung, das Corona-Problem mit einer differenzierten Durchseuchung zu lösen, wird immer lauter. Warum wehrt sich die Taskforce so kategorisch dagegen?**

Bei allem, was wir heute wissen, funktioniert eine Durchseuchungsstrategie nicht. Erstens ist nicht klar, wie gut Menschen, die Corona durchgemacht haben, danach vor einer zweiten Erkrankung geschützt sind. Zweitens würde selbst eine kontrollierte Durchseuchung sehr viele Tote und Schwerkranke fordern.

**Wie viele?**

Ein Vergleich: New York City ist etwa gleich gross wie die Schweiz und hat dieses Jahr eine Übersterblichkeit von 24'000 Personen. Trotzdem hat die Stadt bis heute nur eine Durchseuchungsrate von rund 20 Prozent. Das lässt erah-

nen, wie hoch der Preis einer Durchseuchung wäre. Zudem würde diese Durchseuchungsphase wahrscheinlich mindestens ein Jahr dauern, mit Zuständen wie wir sie Anfang Jahr hatten.

**Nun über Monate oder Jahre Veranstaltungen zu verbieten und Tausenden Menschen Quarantäne zu verordnen, ist wirtschaftlich und gesellschaftlich aber problematisch.**

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden wären bei einer Durchseuchung höher, denn wir hätten über einen sehr langen Zeitraum höhere Fallzahlen und grössere Unsicherheit. Es ist klar geworden, dass sich die Wirtschaft und die Gesellschaft nur erholen können, wenn wir das Virus unter Kontrolle halten.

**Kritiker der offiziellen Strategie sagen, dass es ohne Durchseuchung möglicherweise Jahre geht, bis wieder Normalzustand herrscht. Sehen Sie langfristig einen Ausweg?**

Es ist klar, dass die Pandemie uns alle vor immense Herausforderungen stellt. Es besteht immerhin die Hoffnung, dass wir mittelfristig eine Impfung haben.

**Und wenn das den Forschern nicht gelingt?**

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die Normalisierung von einem Tag auf den anderen eintreten wird. Das wird schrittweise erfolgen. Je besser wir die Krankheit verstehen, desto weniger einschneidende Massnahmen werden notwendig sein, um die Krankheit zu kontrollieren. Gleichzeitig werden wir uns auch an gewisse Massnahmen gewöhnen, sodass wir sie als normal empfinden. Auch neue Medikamente können helfen, den Weg in die Normalität zu beschleunigen.

## Beamte horteten Masken und Desinfektionsmittel

Interne Protokolle zeigen, wie eine Million Masken in Ämtern herumlagen. Und warum der Bund lange behauptete, sie seien wirkungslos

Daniel Koch wiederholte das, was er in den Wochen zuvor bereits in verschiedenen Varianten ausgeführt hatte. «Schutzmasken sind, wenn sie in der allgemeinen Bevölkerung getragen werden, sehr wenig wirksam.» Man solle sie dem Gesundheitswesen überlassen, mahnte der «Mr. Corona» des Bundesamts für Gesundheit (BAG). «Wenn diesen Leuten die Schutzmasken ausgehen, dann werden sie Tote zu beklagen haben.»

Das war am 16. März. Am gleichen Tag traf sich die Direktorenkonferenz des Bundesstabs für Bevölkerungsschutz (BSTB). Zwei Stunden dauerte die Sitzung des Gremiums in einem Mehrzweckraum. Gegen Ende setzte es eine Schelte von BAG-Direktor Pascal Strupler: «Der Vorsitzende informiert, dass Masken und Desinfektionsmittel in den Ämtern gehortet werden», steht im Sitzungsprotokoll, das die SonntagsZeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte. «Er ruft zur Vernunft auf und bittet die Ämter, alles Material zur Verfügung zu stellen.»

Einige Exemplare durften die Beamten dann doch behalten. Das BAG erteilte zwar den Auftrag, die Bundeskanzlei solle «alle Masken aus den Verwaltungseinheiten abziehen zugunsten dem Gesundheitswesen». Ein Vertreter hakte aber nach: «Sollen alle zur Verfügung gestellt werden, ohne Rückhalte?» Antwort BAG: «Es macht Sinn, 2 bis maximal 3 Masken pro Mitarbeitende zu behalten, falls Mitarbeitende am Arbeitsplatz erkranken.»

Genug Material gab es offenbar auch für Mitarbeitende des Auswärtigen Amtes. Dieses informierte bereits an einer Sitzung vom 24. Februar, dass man zwar auf Dienstreisen verzichte, die nicht unbedingt nötig seien. «Im Bedarfsfall» könnten aber Masken bezogen werden, ist im Protokoll des BSTB zu lesen.

Für die gesamte Bevölkerung reichten die Bestände damals nicht. Ende Monat hielt die Taskforce BAG an einer Sitzung fest, der Markt sei «ausgetrocknet». Anfangs März, als Deutschland ein Exportverbot verhängte, rapportierte das Gremium: «Masken sind

knapp.» Mitte März reichte der Vorrat dann laut einem Protokoll nur noch für zweieinhalb Wochen.

Nun folgte die Schelte an die Verwaltung. Die Bundeskanzlei startete eine Sammelaktion in den Ämtern. «Es kam eine knappe Million Masken verschiedener Typen zusammen», sagt Andreas Bucher vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Die begehrte Ware habe der Bund auf die Kantone verteilt. Bucher betont: «Die Ämter hatten dieses Material nicht während der Krise gekauft, als der Markt angespannt war. Sondern teils schon Jahre zuvor für andere Zwecke.» Eine Million klinge nach viel. «Es war aber nur ein Tropfen auf den heissen Stein.»

Also entschied die Taskforce Corona am 23. März, die Kommunikation anzupassen. Man müsse eventuell die Maskendiskussion nochmals führen, steht im Protokoll. Der Bevölkerung das «Gefühl geben, sie sei gut geschützt».

**Die Kehrtwende kam mit der Lieferung von Schutzmaterial**

Dann preschten die Österreicher vor, führten Ende März eine Maskenpflicht im öffentlichen Raum ein. «Druck auf Bund wird steigen», mahnten Experten in der Corona-Taskforce. Die Kommunikation nach aussen? «Vorläufig auf der gleichen Linie wie bis anhin bleiben.»

Zwei Wochen danach hielt das Gremium in einem Protokoll fest: «Lagerbestände mit Hygienemasken sind zurzeit noch ungenügend. Im Moment kann keine Maskenempfehlung der Bevölkerung ausgesprochen werden.» Ein deutliches Indiz dafür, dass nicht die Wirksamkeit der Masken die Strategie des Bundes bestimmt hat. Sondern deren Verfügbarkeit.

Zur Kehrtwende kam es erst, als genügend Schutzmaterial da war. «Wir erwarten aktuell 1800 Paletten mit Waren, darunter 90 Millionen Masken», sagte Brigadier Markus Näf, vom Bund für die Beschaffung beauftragt, am 24. April. Eine Woche später stellte das BAG seine neue Kampagne vor, ein Film, dazu Plakate. Jetzt sollten plötzlich alle eine Maske tragen, die den Mindestabstand nicht einhalten können.



Weil sie fehlten, wurden sie als wirkungslos erklärt: Schutzmasken

Foto: iStock

Armee kaufte in der Krise Schimmelmasken ein

Die Beratungsstelle für Unfallverhütung und die Suva haben kürzlich FFP-Schutzmasken getestet, die in der Schweiz im Umlauf waren. 60 Prozent fielen durch. Jetzt zeigt sich: Auch die Armeepotheke, die Schutzmaterial im Auftrag des Bundes beschaffte, kaufte während der Pandemie Mangelware ein. Man habe «bei Stichproben von Schutzmasken Belastungen durch Mikroorganismen festgestellt», sagt Armeesprecher Daniel Reist. «Diese Masken wurden vorsorglich zurückgerufen und werden ersetzt.» Bekannt ist, dass

die Armeepotheke 13,5 Millionen Hygienemasken zurückrufen musste, die sie aus einem alten Lagerbestand freigegeben hatte. Laut Reist waren aber **auch 305'000 FFP2-Masken betroffen, die neu gekauft wurden.** «Verhandlungen mit dem Hersteller zur Rückerstattung des Kaufpreises sind aufgenommen.» Anbieter oder Preis nennt er nicht. Zum Höhepunkt der Krise war die Armee bereit, für derartige Exemplare bis zu 8 Franken zu bezahlen – somit könnte der Schaden 2,4 Millionen Franken betragen. (rog/br)